

# Roter Fächer

Informationen der DKP Karlsruhe



UNSER KÜRZUNGSPROGRAMM :

**SCHULDEN**

**STREICHEN !**

IN BILDUNG, SOZIALES UND KULTUR INVESTIEREN

**NEIN zur Kürzungspolitik!**

**Kommunale Verschuldung ist politisch gewollt!**

*Der Karlsruher Gemeinderat beschloss am 26. April mit großer Mehrheit eines von zwei umfangreichen Kürzungspaketen. Im sozialen und kulturellen Bereich sollen bis 2022 84 Millionen Euro eingespart werden. Über Zinsmoratorium und Schuldenschnitt redet dagegen niemand.*

(kaj) – Seit Jahren entledigt sich der Bund sozialer Aufgaben und bürdet die Finanzierung größtenteils den Ländern und Kommunen auf. Doch weil die **Kommunen chronisch unterfinanziert** werden, können sie diese Aufgaben nicht wahrnehmen. Vielmehr stauen sich die nötigen Investitionen schon seit Jahren. Punktuelle Sanierungen können den wachsenden Bedarf schon lange nicht mehr decken. Die Städte und Gemeinden müssen etwa zwei Drittel aller öffentlichen Investitionen bezahlen, erhalten aber weniger als 15% des Gesamtsteueraufkommens.

Das Ergebnis dieser **politisch gewollten Entwicklung** ist die Überschuldung der Kommunen. Überschuldung meint, dass die Rückzahlung der aufgehäuften und weiter wachsenden Altschulden gar nicht mehr möglich ist. Die Kommunen stehen tief in der Schuld ihrer Gläubiger, also der Banken und Kreditinstitute. Deren Interessen bestimmen letztlich die kommunale Politik!

Die **Überschuldung der Kommunen** ist maßgeblich auf den Rückgang der Staatseinnahmen auf Bundesebene zurückzuführen. Bereits in den 1980er Jahren begann die schrittweise Absenkung der Gewinn-, Vermögens- und Erbschaftssteuern sowie der Steuern für hohe Einkommen. Gleichzeitig wurde die Kapital- und Steuerflucht von Konzernen und Vermögenden gefördert. Zugleich subventionierte die Bundesregierung in den 1990er Jahren die **Enteignung des DDR-Volkseigentums** durch westliche Privatinvestoren und Konzerne. Nach vierjähriger Tätigkeit hatte die staatliche Treuhandanstalt 1994 einen Schuldenberg von 256 Mrd. DM angehäuft – sie hatte nicht verkauft, sondern verschenkt! Die Kosten für die Privatisierungen übernahmen nicht die privaten Investoren, sondern der Bund. Zusätzlich haben die massiven **Steuersenkungsgesetze** der Bundesregierungen seit 1998 – bis hin zum „Wachstumsbeschleunigungs-Gesetz“ von 2009 – die kommunale Verschuldung weiter verschärft und

Sozial is' muss!

vielerorts den Weg zur Überschuldung endgültig geebnet. Im Zuge der Finanzkrise hat die Landesregierung Baden-Württembergs außerdem wegen der milliardenschweren Rettung ihrer bankrotten Landesbanken die Landeszuweisungen an die Kommunen gekürzt.

Ein wichtiger Faktor der kommunalen Verschuldung sind die Privatisierungen. Die Statistiken belegen, dass Kommunen faktisch immer draufzahlen, wenn kommunales Eigentum privatisiert wird. Weniger Leistung für mehr Geld. Dies wird auch für die geplante **Privatisierung der Wäscherei des Städtischen Klinikums** in Karlsruhe gelten!

Die infolge der Finanzkrise 2009 und 2010 aufgelegten Konjunkturpakete für die Kommunen hatten nur ein geringes Volumen von zehn Mrd. Euro. Zum Vergleich: Allein der 2008 beschlossene „Banken-Rettungsschirm“ hatte ein Volumen von 480 Milliarden Euro! Die Prioritäten des Bundestags sind eindeutig: **Der Profit der Banken steht über dem Gemeinwohl der Bürgerinnen und Bürger!**

In Karlsruhe hat sich die Pro-Kopf-Verschuldung allein von 2011 auf 2016 mehr als verdoppelt. Von 532 Euro auf 1180 Euro. Bis 2022 droht ein 400-Millionen-Defizit. Der Gemeinderat lädt die Kosten dieser Entwicklung in Form eines **umfangreichen Kürzungsprogramms** auf den Schultern der Bürgerinnen und Bürger ab. Von 2017 bis 2022 sollen 84 Millionen Euro eingespart werden. Und hier

trifft es vor allem diejenigen, die auf finanzielle Mittel angewiesen sind: Das Diakonische Werk Karlsruhe hat bereits angekündigt, ab dem Haushaltsjahr 2017 zwei Einrichtungen der Schülerhilfe aufgrund der Kürzungen schließen zu müssen. Außerdem müsse die Krebsberatung neu strukturiert werden. Im Bereich „Kultur“ sollen pauschal 3,6 Prozent der Zuschüsse gestrichen werden. Für ZKM und Badisches Staatstheater bedeutet dies zugleich den Wegfall des Landesanteils in gleicher Höhe. Das Staatstheater müsste zusammen genommen bis 2022 auf insgesamt rund 11 Millionen Euro und das ZKM auf 4,2 Millionen Euro verzichten. Für kleinere Kulturbetriebe sind die Kürzungsmaßnahmen Existenz bedrohend.

Über **Kürzungen bei der Schuldentilgung** redet dagegen niemand. Die Banken und Kreditinstitute sind von den Kürzungsplänen offenkundig ausgeschlossen! Zinsmoratorium und Schuldenschnitt werden nicht thematisiert. Alleine für die Jahre 2015 und 2016 sieht der Doppelhaushalt **Zinszahlungen** in Höhe von **19 Millionen Euro** vor. Und hier sind die Rückzahlungen der geliehenen Geldbeträge, also die eigentlichen Schulden, noch gar nicht einberechnet. Nicht genug, dass die Steuerzahler mit ihrem Geld die Banken subventionieren; jene melken dann auch noch die Kommunen mit hohen Zinsen und zwingen zu Kürzungen und Verschlechterungen des Lebensstandards!

## Die DKP fordert:



Die Nutznießer von Überschuldung und Kürzungspolitik müssen zur Kasse gebeten werden! Daher fordern wir einen kommunalen Schuldenschnitt und die Einstellung der Zinszahlungen an die Banken.



Fehlende Mittel müssen zu Lasten der U-Strab, der Messe und weiterer Großprojekte eingeholt werden. Im Interesse der überwiegenden Mehrheit der Karlsruher Bürgerinnen und Bürger liegen Sportprogramme, Hausaufgabenbetreuung, Zuschüsse zum Schulessen, Staatstheater, die Arbeitsplätze in der Wäscherei im städtischen Klinikum etc.



Wir fordern den Stopp aller Privatisierungsmaßnahmen und die Rückführung kommunaler Betriebe in die Hand und unter Kontrolle der Stadt.



Wir fordern eine sofortige Erhöhung des Anteils der Kommunen am Gesamtsteueraufkommen auf mindestens 50 Prozent. Die Befürworter der Kürzungspolitik im Gemeinderat sind aufgefordert, sich bei ihren Parteikollegen in Berlin und Stuttgart für eine angemessene finanzielle Ausstattung der Kommunen zu engagieren anstatt die Bürgerinnen und Bürger zur Kasse zu beten.



Wir fordern ein Verbot aller faschistischen Aktivitäten in Karlsruhe, z.B. der regelmäßigen Aufmärsche der Neonazi-Gruppierung „Karlsruhe wehrt sich“. Das Geld für die Großeinsätze der Polizei kann in Bildung, Soziales und Kultur sinnvoll investiert werden.

**Die kommunale Überschuldung ist politisch gewollt! Sie ist ein politisches Instrument der Unterwerfung der Kommunen unter die Profitinteressen der Banken und Konzerne.**

# KARLSRUHE tötet!

*Die Bundeswehrfregatte KARLSRUHE lässt im Mittelmeer tausende Menschen ertrinken. Denn ihre Mission ist nicht die Rettung von Leben, sondern die militärische Abschottung der EU.*

(kaj) - Am 15. Juni wurde in Karlsruhe, dem Sitz des Bundesverfassungsgerichtes, der aktuelle **Grundrechte-Report 2016** vorgestellt. Die 20. Ausgabe des alternativen Verfassungsschutzberichtes straft die Propaganda von Bundeswehr, Stadt und Presse Lügen. Die EU-Mission „Sophia“ im Mittelmeer, an der auch die **Fregatte KARLSRUHE** beteiligt ist, zählt mitnichten die Seenotrettung zu ihren Aufgaben. Ganz im Gegenteil legt der Grundrechte-Report in seinem Kapitel »Schlepperbekämpfung« im zentralen Mittelmeer:

Fluchtverhinderung mit Kriegsschiffen offen, dass der **Verlust von Menschenleben als Kollateralschäden** systematisch in Kauf genommen wird. In dem Report heißt es: „Der Militäreinsatz gefährdet das Leben und die Menschenrechte von Schutzsuchenden und MigrantInnen. Ihnen soll nicht nur die letzte Möglichkeit genommen werden, vor massiver Gewalt in Libyen zu fliehen. Auch die Fluchtwege aus Ländern wie Eritrea, Syrien oder Somalia werden länger und gefährlicher.“

Diese Einschätzung wird auch von **zivilen Seenotrettern** bestätigt. Die Mitarbeiter der *Alarm-Phone-Initiative* Father Mussie Zerai, Marion Bayer und Hagen Kopp berichteten am 13. Juni in einer Veranstaltung in Karlsruhe über ihre Erlebnisse auf See. So sei am 26. Mai ein Notruf von zwei Booten mit jeweils ca. 500 Menschen aus Syrien und Irak von den Militärs über 4 Stunden lang ignoriert worden. Kaum vorstellbar, dass die hochgerüstete Flotte, bestehend aus einem Flugzeugträger, sechs Kriegsschiffen und sechs Aufklärungsflugzeugen, die



OB Dr. Frank Mentrup empfängt Besatzungsmitglieder der Fregatte KARLSRUHE im Rathaus. Quelle: Stadtzeitung vom 20. Dezember 2013.

Hilfesuchenden über einen Zeitraum von 4 Stunden nicht orten, geschweige denn retten konnte. Als die italienische Küstenwacht eintraf, war eines der Boote bereits gesunken, es konnten lediglich 96 Menschen gerettet werden.

Der Grundrechte-Report stellt weitergehend den **völkerrechts- und grundgesetzwidrigen Charakter** der EU-Mission fest: „Mit dem Völkerrecht ist ein solcher militärischer Einsatz indes nicht vereinbar, da internationale Abkommen die Schleusung von MigrantInnen allenfalls als privates Strafdelikt einstufen. Somit sind dagegen strafrechtliche Mittel zulässig - nicht jedoch militärische. Der Einsatz widerspricht aber auch dem in der Verfassung verbrieften Trennungsgebot zwischen militärischen und polizeilichen Einsätzen.“

Die effektivste Maßnahme zur Rettung von Menschenleben und zur Bekämpfung illegalen Menschenhandels besteht darin, **legale Wege in die EU** für

Asylsuchende zu schaffen. Damit würde dem Geschäftsmodell kommerzieller Schlepper die Grundlage entzogen. Das Sterben an den EU-Außengrenzen hätte ein Ende. Doch genau das wird nicht getan! Ganz im Gegenteil wurde das Menschenrecht auf Asyl in den letzten Jahren nahezu vollständig abgeschafft und die Außengrenzen militärisch abgesichert. Hier offenbart sich das wahre, **unmenschliche Antlitz der EU und des deutschen Imperialismus.**

Und die **Stadt Karlsruhe trägt eine Mitverantwortung** für den Massenmord im Mittelmeer! Sie ist bis heute die Patenstadt der gleichnamigen Fregatte. Zwar soll das Kriegsschiff Mitte 2017 ausgemustert werden; doch anstatt einer Verschrottung oder Konversion in ein ziviles Seenotrettungsschiff folgt die Übergabe an die *Wehrtechnische Dienststelle für Schiffe, Marinewaffen, Maritime Technologie und Forschung* (WTD 71) in Eckernförde um für **Rüstungsforschungsprojekte**

weiterverwertet zu werden. Zudem plant die Stadt Karlsruhe einen Festakt zur Verabschiedung „ihres“ Kriegsschiffes. Dieser Festakt reiht sich in die **PR-Strategie der Militaristen** ein, über die der Grundrechte-Report ebenfalls berichtet. Interne EU-Dokumente der „Politisch-Militärischen Gruppe“ und des „Ausschusses für zivile Aspekte des Krisenmanagements“ drängen

auf eine effektive „Informationsstrategie“ – sprich: eine Propagandastrategie zur Legitimierung der unmenschlichen Politik. Ein Festakt mit einer offiziellen Würdigung passt gut ins Programm.



**Wir fordern:**

- **Sofortige Beendigung der Patenschaft mit dem Kriegsschiff**
- **Absage des Festaktes für das Kriegsschiff und seine Besatzung**
- **Konversion der Fregatte in ein ziviles Seenotrettungsschiff.**

## Provokation von Rechtsaußen

*Die Naziaktivitäten werden immer massiver. Mit ihrer Postkartenaktion „Wer Deutschland nicht liebt soll Deutschland verlassen“ leiten sie eine weitere Eskalationsstufe ein.*

(kaj) - Bekannte Bruchsaler AntifaschistInnen haben Ende Mai Post von der faschistischen Partei „Der III. Weg“ erhalten. Darunter auch der presserechtlich Verantwortliche des „Roten Fächers“ **Hans Jürgen Rettig**. Mit dieser Postkartenaktion wird symbolisiert: „Wir wissen, wo Du wohnst!“ – das ist eine klare Bedrohung!

Der Inhalt der Postkarte ist mit menschenverachtenden und **volksverhetzenden Aussagen** durchzogen. Die Rede ist von einem „systematischen Austausch unseres Volkes mit art- und kulturfremden Ausländern“. Die Empfänger der Postkarte werden aufgefordert aufgrund fehlender Vaterlandsliebe das Land „Richtung Afrika“ zu verlassen.

Die Aktion hat ein **historisches Vorbild im 3. Reich**. Bereits 1938 verteilten Nazis massenweise „Freifahrkarten nach Jerusalem oder nach

Moskau“. Das Reiseziel Jerusalem war für die jüdische Bevölkerung bestimmt, die Freifahrkarte nach Moskau für Kommunisten.



Historisches Vorbild: „Freifahrkarte“ von 1938.

# marxistisch · kritisch · analytisch



**- unsere zeit -**  
Wochenzeitung der DKP



**Jetzt 4 Wochen kostenlos probelesen!**

Einfach E-Mail mit Name und Adresse an:  
info@unsere-zeit.de · Tel.: 0201 - 17 78 89 23 · www.dkp.de

[dkp.karlsruhe@gmx.de](mailto:dkp.karlsruhe@gmx.de)

# Antifaschistische Strategien heute

Die diesjährige Vormaifeier in Karlsruhe am Vorabend des 1. Mai beschäftigte sich thematisch mit dem antifaschistischen Kampf. Eingeladen hatten die DKP Kreisorganisation und die SDAJ Baden-Württemberg. Zu Gast war Jürgen Lloyd, Leiter der Antifa-Kommission beim DKP-Parteivorstand und Leiter der Karl-Liebknecht-Schule Leverkusen.

(kaj) - Das Thema der diesjährigen Vormaifeier ist nicht zufällig gewählt. Karlsruhe wird mehr und mehr zur Nazihochburg Baden-Württembergs. Seit nunmehr anderthalb Jahren marschieren regelmäßig Neonazis aus ganz Baden durch die Straßen. Anfangs nannten sie sich „Pegida“, dann „Widerstand Karlsruhe“ und nunmehr „Karlsruhe wehrt sich“. Der faschistische Charakter der Kundgebungen und Demos wird immer offensichtlicher. Nicht nur durch die zunehmende Präsenz von Reichsflaggen, sondern auch durch die Rednerwahl. Bei ihrer letzten Kundgebung vor der „Sommerpause“ am 13. Mai sprach etwa die verurteilte Volksverhetzerin Melanie Dittmer. Für den 3. Juni 2017 mobilisieren nun zusätzlich Nazigruppen aus ganz Deutschland zum sog. „Tag der deutschen Zukunft“ nach Karlsruhe. Unsere Stadt soll dann Schauplatz des größten Neonazi-Events Deutschlands werden. Karlsruhe braucht eine Strategiediskussion, wie dem Nazi-Spuk ein Ende bereitet werden kann!

„Nie wieder Faschismus – Nie wieder Krieg“, das ist die grundlegende Lehre, die alle fortschrittlichen Kräfte Europas und der ganzen Welt 1945 zogen. Doch was ist das eigentlich? Faschismus? „Wir brauchen ein Verständnis von dem, was Faschismus ist, nicht damit wir bei den Diskussionen klug mitreden können, sondern aus der praktischen Notwendigkeit – weil wir antifaschistisch wirken wollen. Diese praktische Aufgabe erfordert, dass wir beurteilen können, ob und woher eine faschistische Gefahr droht. Aus unserer Bestimmung, worum es sich beim Faschismus handelt, d.h. auch wie und woher er als Gefahr existiert – aus dieser Bestimmung folgt unsere Strategie.“ (Jürgen Lloyd)

Im Leitantrag des 21. Parteitags der DKP heißt es: „Unser antifaschistischer Kampf kann und darf sich nicht auf den Kampf gegen Aktionen von Faschisten und gegen das Verbreiten ihrer Ideologie reduzieren.“ Das heißt nicht, dass diese Ebene des Kampfes zu vernachlässigen wäre. Aber es heißt, dass sich eine antifaschistische Strategie nicht darauf reduzieren darf.

Das **Faschismusverständnis der Kommunisten**, wie es in der Kommunistischen Internationale erarbeitet wurde und auf deren VII. Weltkongress 1935 in die berühmte Rede von Georgi Dimitroff einfluss, hat die Rolle der Ideologie und die Bedeutung einer faschistischen Sammlungsbewegung keineswegs ignoriert. Aber es hat den Faschismus nicht aus diesen Erscheinungen erklärt, sondern ihn von seinem gesellschaftlichen Inhalt her definiert. Georgi Dimitroff gab die Gedanken des 13. Plenums des EKKI wieder: „Der Faschismus an der Macht ist die offene, terroristische Diktatur der reaktionärsten, chauvinistischsten, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals.“ Das heißt: Faschismus ist nicht etwa bloß ein Werkzeug des Kapitals sondern er ist die Macht des imperialistischen Monopolkapitals selber. Was bedeutet das?

Gegenwärtig setzt die herrschende Klasse in Deutschland und in der EU auf eine freiwillige Integration der Bürgerinnen und Bürger unter ihre Interessen. „**Unterwerfung als Freiheit**“ nennt das der Politikwissenschaftler und Gewerkschafter Patrick Schreiner in seinem Buch. Doch was passiert, wenn diese „sanfte“ Methode der Herrschaftsausübung nicht mehr funktioniert?

Dann bleiben prinzipiell nur zwei Wege: Entweder setzt sich der „linke“ Flügel der herrschenden Klasse durch und macht kleinere Zugeständnisse an die Beherrschten in der Erwartung, diese damit bestechen zu können. Damit soll der Glauben an den Kapitalismus revitalisiert werden. Klassisch wurde diese Strategie von der SPD praktiziert; heutzutage von der Linkspartei. Oder es setzt sich derjenige Flügel durch, der nicht zu solcherart Zugeständnissen bereit ist, der fürchtet, dass die werktätige Bevölkerung gleich nach der ganzen Hand greift, wenn ihr der kleine Finger gegeben wird. Dieser „rechte“ Flügel besteht aus den reaktionärsten, chauvinistischsten, am meisten imperialistischen Elementen des Finanzkapitals.

Letztgenannte Politik kann auf der Basis von Rassismus, Nationalismus, Antisemitismus, Chauvinismus, Volksgemeinschaftsideologie und anderen ideologischen Bausteinen von einer

Massenbewegung getragen werden. Es hat sich historisch jedoch gezeigt, dass eine solche Massenbewegung, auf die sich etwa auch der deutsche Faschismus stützen konnte, keinesfalls eine Notwendigkeit darstellt. Möglich ist der Übergang zur faschistischen Form der Herrschaft des Monopolkapitals z.B. auch über einen Militärputsch.

Was ergibt sich aus diesem marxistischen Faschismusverständnis? Zunächst einmal weist es darauf hin, dass es einen **objektiven Bedarf an Faschismus**, an faschistischer Mobilisierung und entsprechender Ideologie gibt. Einen Bedarf, der nicht aus den ideologisch verdrehten Köpfen der Anhänger faschistischer Bewegungen entsteht, sondern einen Bedarf, der aus den Herrschaftsbedürfnissen des Monopolkapitals im Imperialismus erwächst. Der Kampf gegen rechte Ideologie ist notwendig, aber eine Beschränkung auf diese Dimension übersieht die Gefahr, dass der Übergang zur faschistischen Herrschaft auch ohne ideologisch verblendete Massenbasis möglich ist. Die „am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“ werden nicht auf die Befriedigung ihrer objektiven Interessen verzichten, nur weil keine Massenbasis vorhanden ist. Sie können dies auch gar nicht ohne ihre eigene Existenzgrundlage aufzugeben. Diese Option ist für die faschistische Fraktion des Monopolkapitals nicht existent.

Welche Strategie gilt es auf Grundlage des marxistischen Verständnisses von Faschismus zu entwickeln, um den Übergang zur faschistischen Form von Herrschaft zu verhindern? Wichtig ist zu erkennen, dass es im politischen Kampf nicht in erster Linie um Meinungen und Einstellungen geht, sondern um **Interessen und Bedürfnisse**. „Um den antifaschistischen Kampf zu seiner notwendigen Breite und Stärke zu entwickeln, muss er als Kampf auch gegen die Inhalte entwickelt werden, deren gewaltsame Durchsetzung der Faschismus an der Macht ist. Er muss gegen das Interesse der Großbourgeoisie geführt werden, ihren Einflussbereich per Krieg zu erweitern – also als **Kampf für Frieden**. Er muss gegen das Interesse an verstärkter Ausbeutung, an Sozialabbau, an Spaltung der Gegenkräfte durch Rassismus und Nationalismus geführt werden – also als **Kampf für erweiterte demokratische und soziale Rechte**. Kurz: er muss – gleich, ob alle Mitstreiter das so verstehen oder nicht – als **antimonopolistischer Kampf** der übergroßen Bevölkerungsmehrheit gegen die Klasseninteressen der Monopolbourgeoisie geführt werden.“ (Jürgen Lloyd)

Im Rahmen dieser Strategie beschloss der Parteivorstand der DKP auf seiner 3. Tagung am 23./24. April 2016 in Hannover ein **Sofortprogramm** mit dem Titel: „Gemeinsam

kämpfen für unser Recht auf Frieden, Arbeit, Bildung und bezahlbaren Wohnraum! Gleiche Rechte für alle – unabhängig von der Herkunft! Stoppt den sozialen Kahlschlag und den Abbau demokratischer Rechte!“ Das Sofortprogramm fordert konkrete Investitionen in öffentliches Eigentum, die Schaffung von über 300.000 Arbeitsplätzen in den Branchen Bau, Bildung, Gesundheit und Soziales und spürbare Verbesserungen sozialer Leistungen. Konkrete Vorschläge werden auch zur Finanzierung gemacht. Alleine mit einer Steuer von 2 Prozent auf alle Vermögen größer als 1 Million Euro, eine Erhöhung der Spitzensteuer auf Kapitalerträge und Erträge der Unternehmen, sowie durch massive Abrüstung könnten 66 Mrd. Euro eingenommen werden. Die Umsetzung des Sofortprogramms ist nur gegen die Interessen der Monopolbourgeoisie möglich! Und sie ist nur möglich, wenn sich GewerkschafterInnen, ArbeiterInnen, Angestellte, Erwerbslose, RentnerInnen, Auszubildende, Studierende, SchülerInnen, MigrantInnen und Geflüchtete **gemeinsam als Klasse** für ihre Interessen organisieren und gemeinsam kämpfen.

**Für Karlsruhe bedeutet dies**, dass die Kämpfe gegen Nazi-Aufmärsche, die Aktivitäten der Friedensbewegung, der Protest gegen die Kürzungspolitik des Gemeinderats etc. inhaltlich und in der Praxis verbunden werden müssen. Hinter all diesen Erscheinungen, die auf den ersten Blick unabhängig nebeneinander stehen, steht ein und dasselbe Interesse: Der **Profit der Groß- und Finanzbourgeoisie!** Dieser **gemeinsame Feind** kann nur gemeinsam bekämpft werden! Die Losung lautet daher: **Gemeinsam kämpfen!**



## WEG MIT DEM KPD-Verbot!

### Kundgebung & Demonstration

10. September 2016 – Karlsruhe, Ludwigsplatz, 15.00 Uhr

Es sprechen Patrik Köbele, Parteivorsitzender der DKP – Karin Binder, MdB der Partei die LINKE – Ein/e Vertreter/in der KPF bzw. KPL

### Veranstaltung

Veranstaltungsort „Walhalla“, Karlsruhe, Augartenstraße 27 – 17.00 Uhr

Es sprechen: Dr. Hans-Peter Brenner, stellv. Vors. der DKP – Rechtsanwalt Hans E. Schmitt-Lermann, München

Anschließend Podiumsgespräch und Interviews von Vertretern der SDAJ mit dem ehem. DKP Parteivorsitzenden Herbert Mies, dem früheren Mitglied des DKP-Präsidiums Willi Gerns – beide in den 50er und 60er Jahren führende Mitglieder der FDJ und der illegalen KPD-Führung – und mit FDJ-, KPD- und DKP-Funktionärin Heidi Hummler aus Baden-Württemberg.

Kulturelle Umrahmung: Erich Schaffner und Georg Klemp

Veranstalter: DKP-Parteivorstand und DKP-Bezirksvorstand Baden-Württemberg

Deutsche Kommunistische Partei (DKP)



# FLUCHTURSACHEN BEKÄMPFEN! KRIEGE AUS BADEN-WÜRTTEMBERG STOPPEN!

KAMPAGNE GEGEN FLUCHTVERURSACHER UND RÜSTUNGSPROFITEURE

Kriege brechen nicht aus, sie werden geführt! Sie werden geplant und vorbereitet. Hinter Kriegen stehen Interessen: Seien es der Zugang zu Rohstoffquellen und Absatzwegen, geopolitische Machtbestrebungen oder die Profite der Rüstungsindustrie. Kriege beginnen dort, wo ihre Profiteure sitzen. Kriege beginnen auch hier in Karlsruhe! In der Fächerstadt und im Landkreis sind zahlreiche Unternehmen an der Rüstungsproduktion beteiligt und verdienen Millionen am Tod und Leid von Millionen.

## Karlsruhe

### Bruker AXS GmbH

Bruker AXS ist ein Hersteller von Röntgenanalysegeräten. Auf seiner Internetseite wirbt das Unternehmen mit "wirksamer Unterstützung der Streitkräfte". Im Standort Karlsruhe werden röntgenbasierte Erkennungssysteme für das Militär produziert.

### COMSOFT GmbH

Comsoft ist der Produzent des militärischen Radardatennetzes der Bundeswehr (MILRADNET), liefert aber auch an eine Reihe von Rüstungsunternehmen weltweit.

### Beontra

Das Karlsruher Unternehmen Beontra gehört zur Lockheed Martin Corporation, ein US-amerikanischer Rüstungskonzern, der vor allem in der militärischen und zivilen Luft- und Raumfahrtaktiv ist.

## Pforzheim

### EuroAvionics GmbH

Ihre Navigations- und Missionssystemen für Hubschrauber bietet die Firma für zivile, wie militärische Kunden in unterschiedlichen Varianten an.

### PROCITEC GmbH

Laut seiner Internetseite ist das Unternehmen „spezialisiert auf die Entwicklung von Softwareprodukten und Systemen in den Bereichen Nachrichtentechnik und Informations-Technologie, die insbesondere der Erfassung und Verarbeitung ziviler und militärischer Funksignale dienen.“

### Witzenmann GmbH

Witzenmann produziert flexible metallische Elemente wie z.B. Schläuche für verschiedene Branchen. Unter anderem werden Unternehmen der Luft- und Raumfahrtbranche mit Spezialanfertigungen für

Triebwerke und Abgassysteme versorgt - benannt werden auf der Internetseite Rüstungskonzerne wie EADS und Thales.

## Ettlingen

### Bruker Optik GmbH/ Bruker BioSpin

Bruker Optik ist ein führender Hersteller von Spektrometersystemen. Bruker BioSpin ist weltweit führend bei analytischen Kernresonanzgeräten. Beide Produktionslinien haben auch militärische Abnehmer.



V.I.S.d.P.: DKP Karlsruhe, Hans Jürgen Rettig, 76703 Kraichtal



# Karlsruhe Institute of Technology (KIT)

## Die Innovationsressource der Bundeswehr

Der deutsche Militarismus kann seinen weltweiten Machtanspruch nur mit einer hochgerüsteten High-Tech-Armee erfüllen. Dies erfordert umfassende Forschung und Innovation. Die Universitäten sollen hierzu auf die Teilnahme an militärischer und zivilmilitärischer Forschung eingestellt werden. Eine Militarisierung von Lehre und Forschung wird seit Jahren von Bundes- und Landesregierung jedweden Coleurs vorangetrieben.

Das KIT in Karlsruhe hat hier deutschlandweit eine Vorbildfunktion als militärisch-industrieller Großforschungskomplex. Mit der Fusion von Universität und Kernforschungszentrum werden seit nunmehr sechs Jahren Kern- und Waffenforschung unter einem Dach praktiziert.

Im Jahr 2009 forderten über 60 Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens aus 14 Staaten in einem internationalen Appell den Verzicht auf Militärforschung am KIT und eine gesetzliche Zivilklausel. Dem ist auch die grün-rote Landesregierung unter Bruch ihres Wahlversprechens nicht nachgekommen.

Die DKP fordert: "Wir kämpfen gegen die Militarisierung von Bildung, Forschung und Kultur. Bildung und Forschung dürfen nicht der Rüstungsproduktion dienen. Wir fordern Zivilklauseln an allen Hochschulen." (Leitantrag des 21. Parteitag)

## Rüstungskonversion ist machbar!

Rüstungskonversion bezeichnet die Umstellung industrieller Betriebe oder ganzer Industriezweige der Rüstungsproduktion auf zivile Fertigung.

Deutschland ist drittgrößter Waffenexporteur der Welt. Trotzdem wäre eine Umstellung auf zivile Produktion möglich.

Der Anteil der Rüstungs- an der Gesamtproduktion liegt lediglich bei 0,68 Prozent, der Anteil der Rüstungsgüter am Gesamtexport nur ca. 1,2 Prozent. Demzufolge wäre eine völlige Umstellung militärischer auf zivile Produktion volkswirtschaftlich verkraftbar.

Dabei darf die Konversion aber nicht zu Lasten der Beschäftigten in den Betrieben gehen! Die Arbeitsplätze müssen

erhalten bleiben! Gerade in wirtschaftlich starken Regionen mit einer hohen Rüstungsproduktion, in Baden-Württemberg zum Beispiel die Bodenseeregion, könnten viele Facharbeiterinnen und Facharbeiter und Ingenieurinnen und Ingenieure auch in Firmen mit ziviler Produktion Beschäftigung finden, da viele qualifizierte Arbeitsplätze unbesetzt sind.

Rüstungsausgaben verhindern die Finanzierung gesamtgesellschaftlich notwendiger Aufgaben. Was für Rüstung ausgegeben wird, fehlt in Kindergärten, Schulen, in der Pflege, in Bildung und Forschung. Seit 1990 investierte der deutsche Staat ca. 100 Mrd. Euro in Rüstung und Kriegseinsätze.

Warum halten die Herrschenden trotzdem so beharrlich an der Rüstungsproduktion fest? Weil die deutsche Außenpolitik zunehmend auf

die militärische Karte setzt. Um dabei von anderen Ländern weitgehend unabhängig zu sein, ist eine eigenständige, an den Interessen des deutschen Imperialismus ausgerichtete Rüstungsindustrie unerlässlich.

Die DKP sagt: "Wir lehnen Rüstungsexporte ab und setzen uns für die Konversion aller Rüstungsbetriebe ein. Insbesondere in den Gewerkschaften setzen wir uns für die Forderung nach Konversion ein." (Leitantrag des 21. Parteitag)

